

„Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen“ Sachstand der Entscheidungen in den Fachausschüssen / März 2015

B. Maßnahmenempfehlungen

- mit hoher Priorität, die zusätzlicher Ressourcen für das Haushaltsjahr 2015 ff bedürfen,
- und zu denen die Verwaltung beauftragt wurde eine entsprechende Beschlussvorlage zur abschließenden Beschlussfassung im Rat vorzulegen.

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Bezugskapitel im MNP – Bestandsauf- nahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwaltung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
AVR 4	11. Flüchtlinge	Ergebnisoffene Perspektivberatung von Flüchtlingen	Hohe Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel von 5 x 35.000 € = 175.000 € / Jahr möglich	Der IR stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu.	Der AVR (08.12.14) stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfehlung zur abschließenden Beschlussfassung dem Rat im Rahmen der Hpl.-Beratungen vorzulegen.
AVR 5	11. Flüchtlinge	Rücknahme der Kürzungen bei der Unabhängigen Beratungsstelle für Flüchtlinge (UBS)	Hohe Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich. Die Rücknahme der Kürzung aus 2012 (UBS, Kölner Flüchtlingsrat) würde zusätzliche Mittel in Höhe von 6.090,- €/Jahr erfordern	Der IR stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu. Der IR beschließt folgende Ergänzung: „Aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen soll eine Rücknahme der Kürzungen, sowie die Erhöhung des Jahreszuschusses um 25.000,- € erfolgen. Verweis bzgl. des Budgets in die Haushaltsplanberatungen.“	Der AVR (08.12.14) stimmt dem Verwaltungsvorschlag sowie der Änderung des IR zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfehlung zur abschließenden Beschlussfassung dem Rat im Rahmen der Hpl.-Beratungen vorzulegen.
AVR 6	12.2 IKÖ der Verwaltung	Entwicklung und Verab-	Nicht erforderlich	Der IR beschließt die Änderung der Bewertung in ‚Hohe Priorität‘. „Die Verwaltung wird beauftragt, eine städtische	Der AVR (26.01.15) folgt dem Beschluss des IR und beauftragt die Verwaltung, eine städtische Antidiskriminierungs-

Aus-schus s/ lfd. Nr.	Bezugska-pitel im MNP – Be-standsauf-nahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwal-tung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
		scheidung einer städtischen Antidis-kriminie-rungs-richtlinie		Antidiskriminierungsrichtlinie zu erlas-sen. Ein daraus evtl. entstehendes Kon-troll- und Berichtswesen ist bzgl. seines Budgets in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.“	richtlinie zu erlassen. Ein daraus evtl. entstehendes Kontroll- und Berichtswesen ist bzgl. seines Budgets in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.
AVR 12	12.2 IKÖ der Verwal-tung	Schulung der inter-kulturellen Kompe-tenz städ-tischer Beschäf-tigter durch Schulun-gen etc.	Geringe Priorität. Wenn alle Beschäftigten in interkultureller Kompetenz geschult werden sollen, fallen Schulungskosten in Höhe von mind. 800.000 € zuzüglich Kos-ten für Schulungsräume, Personal- und Arbeitsplatzressourcen für zwei Stellen an, die zusätzlich bereitgestellt werden müssten	Der IR beschließt eine Änderung der Bewertung in ‚Hohe Priorität‘. „Die Ver-waltung wird aufgefordert, ein umfas-sendes Konzept zur systematischen Förderung der interkulturellen Kompe-tenz aller städtischen Beschäftigten vorzulegen. In der Bewertung der Ver-waltung scheint bislang nicht realisiert zu werden, dass Interkulturelle Kompe-tenz in nahezu allen Verwaltungseinhei-ten notwendig ist. Über 50% der unter 18jährigen Kölner*innen haben einen Migrationshintergrund (Tendenz stei-gend). Zur Umsetzung ist ein Budget in Höhe von 100.000,- €/ Jahr vorzuse-hen.“	Der AVR (26.01.15) folgt dem Beschluss des IR und beauftragt die Verwaltung, ein umfassendes Konzept zur systema-tischen Förderung der interkulturellen Kompetenz aller städtischen Beschäftig-ten vorzulegen. Zur Umsetzung ist ein Budget in Höhe von 100.000,- €/ Jahr vorzusehen.
GA 1	7. Gesund-heit	Fortschrei-bung des Kölner Gesund-heits-	Wird bereits umgesetzt; Umsetzung als Geschäft der lfd. Verwaltung	„Die letzte Ausgabe des Gesundheits-wegweisers in Papierform stammt aus dem Jahr 2011. Die Verwaltung wird aufgefordert -wie ursprünglich zugesagt- alle zwei Jahre eine aktualisierte Fas-	Der GA (17.03.15) beauftragt die Ver-waltung diese Maßnahmenempfehlung aus dem Änderungsantrag AN/1604/2014 zu bewerten, Prioritäten zu setzen und den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Bezugska- pitel im MNP – Be- standsauf- nahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwal- tung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
		wegwei- sers für Kölner/- innen mit Zuwande- rungsges- chichte.		sung des Gesundheitswegweisers in Papierform drucken und verteilen zu lassen. Darüber hinaus wird die Verwal- tung aufgefordert, eine entsprechende Datenbank mit allen aktuellen Informati- onen auf der Website der Stadt einzu- richten.“	
GA 2	7. Gesund- heit	Konse- quente Interkultu- relle Öff- nung der Suchtbe- ratungs- stellen	Wird bereits umgesetzt; Umsetzung als Geschäft der lfd. Verwaltung	Änderung der Bewertung der Verwal- tung in ‚Hohe Priorität‘ – Verschiebung in Anlage 2.„Die Verwaltung wird aufge- fordert sicher zu stellen, dass mindes- tens eine weitere zentral gelegene Suchtberatungsstelle mit Fremdspra- chenkompetenz in mindestens zwei meistgesprochenen Sprachen, eingerichtet wird. Lediglich eine Suchtberatungsstelle mit Fremd- sprachenkompetenz, die zudem in ei- nem mit den Öffentlichen Verkehrsmi- teln schlecht erreichbaren Kölner Au- ßenbezirk (Köln-Meschenich) liegt, ist nicht ausreichend. Die dafür erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 60.000,- € sind bereit zu stel- len.“	Der GA (17.03.15) beauftragt die Ver- waltung diese Maßnahmenempfehlung aus dem Änderungsantrag AN/1604/2014 zu bewerten, Prioritäten zu setzen und den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.
GA 4	7. Gesund- heit	Qualifizie- rung von her- kunftsspr	Hohe Priorität; Umsetzung nur durch Zu- weisung zusätzlicher Mittel möglich; 32.500 €/ Jahr werden insgesamt veran- schlagt.	Der IR stimmt dem Verwaltungsvor- schlag zu.	Der GA (09.12.14) stimmt dem Verwal- tungsvorschlag zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfeh- lung zur abschließenden Beschlussfas-

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Bezugskapi- tel im MNP – Be- standsauf- nahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwal- tung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
		achlichen Zuwande- rern als „Integrati- onslotsen Gesund- heit“			sung dem Rat im Rahmen der Hpl.- Beratungen vorzulegen.
GA 5	7. Gesund- heit	Einrich- tung ei- nes Bud- gets zum Einsatz von pro- fessionel- en Sprach- und Integ- rations- mittlern im Ge- sund- heitswe- sen	Hohe Priorität; ein entsprechender Antrag wird an das Land NRW gestellt; Landes- mittel in Höhe von 56.100,- € sind für den Zeitraum August 2014 bis Dezember 2015 beantragt. Aufgrund aktueller Ent- wicklungen besteht ein Bedarf von insge- samt 50.000,- € für Sprachmittler/innen pro Jahr.	Text im AN/1604/2014: „Für den Fall, dass seitens der Verwal- tung keine Landesmittel akquiriert wer- den können, wird die Verwaltung aufge- fordert, diese mit hoher Priorität beurteil- te Maßnahmenempfehlung mit städti- schen Finanzmitteln umzusetzen.“	Der GA (17.3.15) beauftragt die Verwal- tung diese Maßnahmenempfehlung aus dem Änderungsantrag AN/1604/2014 zu bewerten, Prioritäten zu setzen und den politischen Gremien zur Beschlussfas- sung vorzulegen.
GA 6	7. Gesund- heit	Einrich- tung einer Koordinie- rungsstel- le „Ge- sundheit und Mig- ration“; Kosten: ca.	Nicht erforderlich	Änderung der Bewertung der Verwal- tung in ‚Hohe Priorität‘ – Verschiebung in Anlage 2. „Die Verwaltung wird aufgefordert, kurz- fristig (Frühjahr 2015) darzulegen, wie das von der Kommunalen Gesundheits- konferenz beschlossene ‚Kommunale Gesundheitskonzept für Menschen mit Migrationshintergrund‘ erfolgreich um- gesetzt werden kann. Dabei ist zu be-	Der GA (17.03.15) beauftragt die Ver- waltung diese Maßnahmenempfehlung aus dem Änderungsantrag AN/1604/2014 zu bewerten, Prioritäten zu setzen und den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Bezugskapi- tel im MNP – Be- standsauf- nahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwal- tung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
		90.000,- €/Jahr		rücksichtigen, dass die Aufgabe einer Begleitung der praktischen Umsetzung und deren Auswirkungen, sowie die Steuerung und Überwachung der Entwicklungen und Veränderungen nicht von der Geschäfts- führung der kommunalen Gesundheits- konferenz mit abgedeckt werden kann. Hier ist eine zusätzliche Koordinierungs- stelle (3/4 Stelle) einzuplanen.“	
GA 8	7. Gesund- heit	Aufbau / Erhalt von Gesund- heits- zentren für Men- schen mit Zuwande- rungsge- schichte	Mittlere Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich; Kosten: für die Ausweitung des bestehen- den Angebotes werden insgesamt 200.000 € pro Jahr	Änderung der Bewertung der Verwal- tung in ‚Hohe Priorität‘	Der GA (17.03.15) beauftragt die Ver- waltung diese Maßnahmenempfehlung aus dem Änderungsantrag AN/1604/2014 zu bewerten, Prioritäten zu setzen und den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.
GA 9	11. Flücht- linge	Verbesse- rung der Psycho- sozialen Versor- gung	Mittlere Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich“; Kosten: für die Ausweitung des bestehen- den Angebotes werden insgesamt 60.000 €/ Jahr / 1 Stelle veranschlagt	Text im AN/1459/2014 „Die Verbesserung der psychosozialen Versorgung durch Einrichtung einer Stelle Psychotherapie findet Berücksich- tigung in der Anlage B (höchste Priorität) und wird damit aus der Gruppe C (nied- rigste Priorität) entfernt. Hierzu sind ausreichende Kapazitäten vorzusehen, den steigenden Flüchtlingszahlen lau- fend anzupassen und deren Finanzie- rung sicherzustellen.“ Text im AN/1604/2014: Änderung der Bewertung der Verwal-	Der GA (17.03.15) beauftragt die Ver- waltung diese Maßnahmenempfehlung aus dem Änderungsantrag AN/1604/2014 zu bewerten, Prioritäten zu setzen und den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Bezugska- pitel im MNP – Be- standsauf- nahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwal- tung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
				<p>tung in ‚Hohe Priorität‘ – Verschiebung in Anlage 2. „Die Anzahl der in Köln aufgenommenen Flüchtlinge ist in den vergangenen Monaten stark gestiegen, so dass die Verbesserung und Ausweitung der psychosozialen Versorgung dringend erforderlich ist. Die Verwaltung wird aufgefordert, kurzfristig darzustellen (Frühjahr 2015), welche psychotherapeutische sowie psychologische Beratung in den meistgesprochenen Muttersprachen erforderlich ist. Gleichfalls sollte auch ein kinder und jugendpsychologisches Beratungsangebot eingerichtet werden. Hierfür ist ein Budget von 120.000,- €/ Jahr bereit zu stellen.“</p>	
JHA 4	8.3 Kita	Einrichtung herkunftssprachlicher bilingualer Gruppen in Kitas	Hohe Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich. Der Rat hat einen entsprechenden Antrag des Integrationsrates zur Vorberatung in den Jugendhilfeausschuss verwiesen. Von dort erfolgte ein entsprechender Prüfauftrag an die Verwaltung.	Der IR stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu und beschließt folgenden ergänzenden Änderungsvorschlag: „Zur Umsetzung des von der Verwaltung aktuell erstellten Konzeptes zur Einrichtung bilingualer Kindergartengruppen, soll als Startfinanzierung für mindestens 10 bilinguale Gruppen ein Budget in Höhe von mindestens 150.000,- €/Jahr bereitgestellt werden.“	Der JHA stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfehlung zur abschließenden Beschlussfassung dem Rat im Rahmen der Hpl.-Beratungen vorzulegen. Der JHA bittet die Verwaltung um Bewertung des Änderungsantrages aus dem IR.
JHA 5	8.3 Kita	Förderung der herkunftssprachlichen bilingualen	Hohe Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich	s. JHA 4	s. JHA 4

Aus- schus s/ lfd. Nr.	Bezugska- pitel im MNP – Be- standsauf nahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwal- tung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
		len Erzie- hung durch entspre- chendes didakti- sches Material			
JHA 7	8.7 Jugend- förderung	Schulun- gen zur Interkultu- rellen Kompe- tenz für Jugend- leiter/- innen in den Ju- gendein- richtun- gen.	Hohe Priorität; Umsetzung nur durch Zu- weisung zusätzlicher Mittel möglich; Kos- ten: 20.000 €	Der IR stimmt dem Verwaltungsvor- schlag zu.	Der JHA (09.12.14) stimmt dem Verwal- tungsvorschlag zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfeh- lung zur abschließenden Beschlussfas- sung dem Rat im Rahmen der Hpl.- Beratungen vorzulegen.
JHA 9	8.8 Famili- enbil- dungsstät- ten	Bei der Neube- auftra- gung von Famili- bildungs- stätten soll das Kriterium Interkultu- relle Öff- nung zum	Mittlere Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich; Kosten: 30.000,- € für Doppeldozentur bei speziellen Angeboten	Der IR beschließt eine Änderung in ‚Ho- he Priorität‘.	Der JHA (09.12.14) beschließt eine Än- derung in ‚Hohe Priorität‘ und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenemp- fehlung zur abschließenden Beschluss- fassung dem Rat im Rahmen der Hpl.- Beratungen vorzulegen.

Ausschuss/ lfd. Nr.	Bezugskapitel im MNP – Bestandsaufnahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwaltung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
		Kriterium werden			
SoSe 3	3. Diskriminierungsfreie Stadt	Sicherung der Infrastruktur der Antidiskriminierungsberatung im Rahmen der Erarbeitung des Diversity-Konzeptes.	Hohe Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich; Kosten: 1.500,- € als Mitgliedsbeitrag der Stadt Köln in der ‚Städtekoalition gegen Rassismus‘; Kosten Personalzusetzung einer Vollzeit-Stelle ca. 80.000,- €/Jahr.	Der IR stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu.	Der SoSe (27.11.14) stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfehlung zur abschließenden Beschlussfassung dem Rat im Rahmen der Hpl.-Beratungen vorzulegen
SoSe 4	3. Diskriminierungsfreie Stadt	Rücknahme der Kürzung von Mitteln für Antirassismustraining	Hohe Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich; Kosten: 40.000 € / Jahr	Der IR stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu.	Der SoSe (27.11.14) stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfehlung zur abschließenden Beschlussfassung dem Rat im Rahmen der Hpl.-Beratungen vorzulegen.
SoSe 5	4.2 Bürgerschaftl. Engagement	Integrationslotsen	Hohe Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich; Kosten 23.000 €/Jahr möglich	Der IR stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu.	Der SoSe (27.11.14) stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfehlung zur abschließenden Beschlussfassung dem Rat im Rahmen der Hpl.-Beratungen vorzulegen.
SoSe 6	4.2.1 Interkulturelle	Angemessene	Hohe Priorität; Bestandssicherung durch Weiterfinanzierung von 396.000,- € / Jahr.	Der IR stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu und beschließt folgenden	Der SoSe (27.11.14) stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu und beauftragt die

Aus- schus s/ lfd. Nr.	Bezugskapitel im MNP – Be- standsauf nahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwal- tung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
	Zentren	finanzielle För- derung der Migrante- norganisationen / Interkultu- relle Zent- ren	Sinnvoll wäre eine zusätzliche Aufsto- ckung um jährlich mindestens 50.000,- €/ Jahr, um neue Zentren fördern zu können	ergänzenden Änderungsvorschlag: „Ei- ne Aufstockung der verwaltungsseitig vorgeschlagenen Finanzmittel um 50.000,- € auf insgesamt 446.000,- €/Jahr ist dringend erforderlich, um wei- tere Interkulturelle Zentren fördern zu können. Es wird darauf hingewiesen, dass die Kölner Interkulturellen Zentren im Jahr 2013 bei einem institutionellen städtischen Zuschuss von knapp 400.000,- €, zusätzlich ca. 890.000,- € städtische Projektgelder und weitere ca. 2,6 Millionen € nichtstädtische Drittmittel (EU, Bund, Land, Stiftungen) für die integrative Arbeit in Köln, einwerben konnten.“	Verwaltung diese Maßnahmenempfeh- lung zur abschließenden Beschlussfas- sung dem Rat im Rahmen der Hpl.- Beratungen vorzulegen.
SoSe 7	5.2 Bürger- häu- ser/Bürgerz entren	Sicher- stellung mindest- ens der ungekürz- ten Wei- terfinan- zierung ab 2015 ff	Hohe Priorität; Umsetzung erfolgt im lfd. Geschäft der Verwaltung; der strukturelle Mehrbedarf in Höhe von ca. 300.000 € und zusätzlicher Mehrbedarf für Bauun- terhaltungskosten wurden im Rahmen der Haushaltsplananmeldungen für 2015 angemeldet.	Der IR stimmt dem Verwaltungsvor- schlag zu.	Der SoSe (27.11.14) stimmt dem Ver- waltungsvorschlag zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfeh- lung zur abschließenden Beschlussfas- sung dem Rat im Rahmen der Hpl.- Beratungen vorzulegen.
SoSe 11	11. Flücht- linge / Menschen ohne Pa- pierre	Beratung von Men- schen ohne Papiere und För- derung des Pro-	Hohe Priorität; Umsetzung nur durch Zu- weisung zusätzlicher Mittel möglich; Kos- ten: Einstellung der bisherigen Mittel von 60.000,- €/ Jahr ab 2015 zur Weiterfüh- rung der Beratungsarbeit und des Fonds Armenbetten	Der IR stimmt dem Verwaltungsvor- schlag zu.	Der SoSe (27.11.14) stimmt dem Ver- waltungsvorschlag zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfeh- lung zur abschließenden Beschlussfas- sung dem Rat im Rahmen der Hpl.- Beratungen vorzulegen.

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Bezugska- pitel im MNP – Be- standsauf- nahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwal- tung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
		jektet , Armen- betten'			
SoSe 12	11. Flücht- linge	Sprach- mittlungs- arbeit (Dolmet- scher) in der Flücht- lingsar- beit: Bedarfs- gerechter Aufbau.	Hohe Priorität; Umsetzung nur durch Zuweisung zusätzlicher Mittel möglich; Kosten: 42.000,- €/Jahr pro Sprachmittler	Der IR stimmt dem Verwaltungsvor- schlag zu.	Der SoSe (27.11.14) stimmt dem Verwal- tungsvorschlag zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfeh- lung zur abschließenden Beschlussfas- sung dem Rat im Rahmen der Hpl.- Beratungen vorzulegen.
SoSe 13	Alle Berei- che	Einrich- tung ei- nes Bud- gets zum Einsatz von pro- fessionel- en Sprach- und Integ- rations- mittlern im Rah- men ei- nes ge- samtstäd- tischen Konzept-	Hohe Priorität; Umsetzung durch Zuwei- sung zusätzlicher Mittel; die erforderliche Höhe müsste durch ein Konzept darge- stellt werden. Geschätzte Kosten: 150.000,- €/ Jahr für drei Sprach- und Integrationsmittler.	Der IR stimmt dem Verwaltungsvor- schlag zu und beschließt folgenden ergänzenden Änderungsvorschlag. „ Zur Umsetzung ist ein Budget in Höhe von mindestens 200.000,- €/Jahr bereit zu stellen. Da es sich hier um ein Unterstü- tzungsangebot für alle Verwaltungsein- heiten handelt, sollte die Umsetzung der Maßnahmenempfehlung zentral beim Personaldezernat erfolgen.“	Der SoSe (27.11.14) stimmt dem Ver- waltungsvorschlag zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfeh- lung zur abschließenden Beschlussfas- sung dem Rat im Rahmen der Hpl.- Beratungen vorzulegen. Bzgl. des Vorschlags aus dem Ände- rungsantrag wurde die Verwaltung ge- beten eine Stellungnahme vorzulegen. Stellungnahme wurde zur Sitzung am 15.01.2015 vorgelegt (0005/2015) und zur Kenntnis genommen.

Aus- schus- s/ lfd. Nr.	Bezugska- pitel im MNP – Be- standsauf- nahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwal- tung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
WA 1	9.2 Ar- beitsmarkt und Wirt- schaft	tes Die Ver- waltung erarbeitet ein Kon- zept zur Verbesse- rung des Zuganges von Köl- ner/-innen mit Zu- wande- rungsge- schichte zum Ar- beits- markt	Hohe Priorität; Umsetzung nur durch Zu- weisung zusätzlicher Mittel möglich; Kos- ten: 25.000,- €/ Jahr als kommunaler Finanzierungsanteil müsste in die Haus- haltsplanberatungen 2015 eingebracht werden.	Der IR stimmt dem Verwaltungsvor- schlag zu	Der WA (25.11.14) stimmt dem Verwal- tungsvorschlag zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfeh- lung zur abschließenden Beschlussfas- sung dem Rat im Rahmen der Hpl.- Beratungen vorzulegen.
WA 2	9.2 Ar- beitsmarkt und Wirt- schaft	Die kom- munalen Eingliede- rungs- leistungen nach § 16 a SGB II sind ab 2015 ungekürzt in den städti- schen Haushalt einzustel-	Hohe Priorität; zum Hpl. 2015 wurden Mittel in Höhe von 5.055.400 € angemel- det.	Der IR stimmt dem Verwaltungsvor- schlag zu	Der WA (25.11.14) stimmt dem Verwal- tungsvorschlag zu und beauftragt die Verwaltung diese Maßnahmenempfeh- lung zur abschließenden Beschlussfas- sung dem Rat im Rahmen der Hpl.- Beratungen vorzulegen.

Ausschuss/ lfd. Nr.	Bezugskapitel im MNP – Bestandsaufnahme	Thema	Strategische Bewertung der Verwaltung + zur Umsetzung erforderliche Finanzmittel	Maßnahmenempfehlung - Beschluss des Integrationsrates im Rahmen der Vorberatung	Maßnahmenempfehlung – Beschluss des inhaltlich zuständigen Fachausschusses
		len.			

,Integrationsbudget'		Einrichtung eines ,Integrationsbudgets'		<p>Der Integrationsrat beschließt folgenden Änderungsantrag: „Die Verwaltung wird aufgefordert, zur Umsetzung aller der in der Sitzung des Integrationsrates vom 24.11.2014 und der heutigen Sitzung vom 19.01.2015 vom Integrationsrat beschlossenen Maßnahmen (mit Ausnahme der Änderungsanträge zum Gesundheitsausschuss), ab 2015 ein auskömmliches Gesamtbudget -berechnet nach den Entscheidungen der jeweiligen Fachausschüsse- zu den Maßnahmenempfehlungen einzurichten. Anschließend soll der Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2015 beschließen. Es geht hierbei um die <u>Einrichtung eines Integrationsbudgets</u>. Über die Verwendung entscheiden die Fachausschüsse und der Finanzausschuss im Rahmen der Haushaltsplanberatungen.“</p>	<p>Entscheidungen zum ,Integrationsbudget' zum Änderungsantrag AN/1604/2014 im</p> <ul style="list-style-type: none"> SuW (15.12.14) – „Die Verwaltung wird aufgefordert, zur Umsetzung der durch Beschlussvorlage im Rat entschiedenen Maßnahmenempfehlung ab 2015 ein Gesamtbudget in Höhe von 1,3 Millionen € zur Deckung der finanziellen Mehraufwendungen einzurichten.“ SoSe (05.03.15) – „Der Ausschuss Soziales und Senioren unterstützt den Beschluss des Integrationsrates zur Einrichtung eines Integrationsbudgets“
----------------------	--	---	--	--	---